

Vorlage Nr. 101.16.1583

**Der gemeinsame Antrag wurde in der Sitzung des Ausschusses für
Soziales, Gesundheit und Sport am 09.02.2010 von den Antrag
stellenden Fraktionen zurückgezogen.**

Einrichtung einer Meldestelle für barrierefreie Wohnungen

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, die Einrichtung einer Meldestelle für barrierefreie Wohnungen im öffentlich geförderten Wohnungsbestand zu prüfen oder auf andere Weise sicherzustellen, dass Wohnungssuchende für eine barrierefreie Wohnung entsprechende Auskünfte aus einer Hand erhalten können. Die Meldestelle sollte so ausgestaltet sein, dass sich auch Vermieter nicht öffentlich geförderter Wohnungen daran beteiligen können.

Begründung:

Lt. Wohnungsmarktbericht 2009 des Wohnungsamtes hat sich die Zahl der barrierefreien Wohnungen im öffentlichen Wohnungsbestand im Erhebungszeitraum nicht erhöht. Von 7.044 öffentlich geförderten Wohnungen seien 378 WE barrierefrei. Die Zahl der behindertengerechten WE liege bei 33 (0,4%), die der behindertenfreundlichen bei 345 WE (4,3%). Das Wohnungsamt beabsichtigt daher mit Blick auf die demografische Entwicklung, künftig einen Schwerpunkt auf den altengerechten Umbau von Wohnungen zu legen. So können Wohnungen modernisiert, barrierefrei oder barriere reduziert gestaltet und mit moderner Haustechnik ausgestattet werden. Wir begrüßen und unterstützen diese Zielsetzung des Wohnungsamtes ausdrücklich. Neben Menschen mit altersbedingt eingeschränkter Mobilität profitieren davon Menschen mit Behinderungen genauso wie Familien mit Kindern. Da es aufgrund der demografischen Entwicklung zunehmend z.B. ältere MitbürgerInnen geben wird, die zur besseren Versorgung ihre bisherige Wohnung aufgeben und altersgerecht ausgestattete Wohnungen suchen, um dort möglichst lange selbstständig leben zu können, ist es sinnvoll, eine Auskunfts-/Meldestelle für behindertengerechte Wohnungen einzurichten.

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Petra Friedrich

Uwe Frankenberger, MdL
Fraktionsvorsitzender SPD

Karin Müller, MdL
Fraktionsvorsitzende B90/Grüne